

**ANTRAG 4**  
**der ÖAAB-FCG-AK-Fraktion an die 169. Hauptversammlung**  
**der Bundesarbeitskammer am 26. November 2020 in Salzburg**

**Gegen unnötige Ausweitungen der Sonntagsarbeit!**  
**Rücknahme der Ausnahmeregelung im**  
**Arbeitsruhegesetz!**

Im Juli 2018 wurde eine Änderung des Arbeitsruhegesetzes (ARG) mit weitreichenden Auswirkungen in Bezug auf die mögliche Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am Sonntag beschlossen. Dies wurde in der öffentlichen Diskussion nur wenig thematisiert, bedeutet aber einen Systembruch bei der Sonntags- und Feiertagsruhe.

Seit 1.9.2018 kann ohne sachliche Beschränkung und ohne jeden Nachweis der unaufschiebbaren Erforderlichkeit an bis zu vier Sonn- oder Feiertagen pro Jahr Arbeit angeordnet werden. Bisher musste eine der in Gesetz oder Verordnung festgelegten Ausnahmen von der allgemeinen Sonn- und Feiertagsruhe vorliegen, nun genügt eine Betriebsvereinbarung oder aber bloß die Unterschrift der einzelnen Arbeitnehmerin bzw. des einzelnen Arbeitnehmers. Ausgenommen sind nur Verkaufstätigkeiten nach dem Öffnungszeitengesetz (§ 12b Abs. 2 ARG).

Mit dieser Gesetzesänderung wurde die Tür zur allgemeinen Sonntagsarbeit ein großes Stück geöffnet. In der Vergangenheit waren die zahlreichen gut zu begründenden Ausnahmen ausreichend. Das ist zum Leidwesen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verloren gegangen.

Der arbeitsfreie Sonntag ist ein wichtiger Bestandteil unserer österreichischen Kultur, und ein ethisches Grundelement unseres gesellschaftlichen und familiären Gefüges. Dieses wertvolle Gut aufzugeben, bedeutet, unserem Land und seinen Menschen erheblichen Schaden zuzufügen. Die Sonn- und Feiertage sind von hoher Bedeutung für die gesamte Gesellschaft und müssen weiterhin gelebt werden können. Deren gesetzliche Verankerung ist ein Eckpfeiler der österreichischen Zeitkultur.

**Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert den Gesetzgeber auf, den § 12b ARG (Arbeitsruhegesetz) ersatzlos zu streichen, damit der Wert der Sonn- und Feiertage auch künftig ausreichend gesetzlich geschützt bleibt.**

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input checked="" type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
--	------------------------------------	------------------------------------	--	--------------------------------------